



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 174
08. Juni 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

gemeinsam mit meinen Kollegen Andreas Jung und Nadine Schön, den Vorsitzenden der Landesgruppen Baden-Württemberg und Saarland, habe ich in dieser Woche eine Initiative zur Künstlichen Intelligenz (KI) gestartet. Wir wollen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass das geplante Deutsch-Französische Forschungszentrum zur KI im Südwesten angesiedelt wird. Mit dem Forschungszentrum können wir ein starkes europäisches Gegengewicht zu China und den USA bilden. Für die Region würde die Ansiedlung viele neue Arbeitsplätze, aber auch Investitionen in Milliardenhöhe bedeuten. Unterstützt werden wir bei unserem Vorhaben unter anderem vom Ministerpräsidenten des Saarlandes, Tobias Hans, der CDU-Generalsekretärin, Annegret Kramp-Karrenbauer, und von unserer Landesvorsitzenden und Bundesministerin, Julia Klöckner.

Abseits dieses Themas haben in dieser Woche FDP und AfD einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorkommnisse im BAMF in den Bundestag eingebracht. In der Plenardebatte habe ich Stellung hierzu genommen. Meine Rede können Sie auf dieser Seite nachlesen oder per Klick auf das Foto im Original anhören.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

BERLIN I

„Wir wollen die Vorgänge beim BAMF weiter aufklären“

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Vorgänge im BAMF brauchen parlamentarische Aufarbeitung. Wir reden bei den Vorgängen im Bremer BAMF über einen echten Skandal.

Es gab offenbar vorsätzliche Rechtsverstöße in einer Behörde. Es wurden Asylentscheidungen getroffen, ohne dass die Identität der jeweiligen Person überhaupt geklärt war. Es sind Entscheidungen getroffen worden, wofür die Behörde

dort gar nicht zuständig war. Das Vertrauen in die Arbeit dieser wichtigen Behörde ist massiv erschüttert. Das alles und noch mehr wissen wir, weil der Innenausschuss des Bundestages nach Bekanntwerden der Vorgänge in der Bremer Außenstelle die Aufklärung an sich gezogen hat. Wir wissen es, weil der Bundesinnenminister dem Innenausschuss gegenüber vollumfänglich Einblick gegeben hat. Wir wollen die Vorgänge beim BAMF weiter aufklären.

Wir wollen wissen, was genau passiert ist, wie es dazu kommen konnte, warum so spät reagiert worden ist. Wir wollen wissen, ob es systemische Mängel beim BAMF gibt. Wir wollen wissen, ob und wenn das so ist, wo die Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und BAMF verbesserungsfähig ist, um es vorsichtig auszudrücken.

Es ist die Pflicht, aber auch das erste Recht der Ausschüsse, die Vorgänge in ihrem Bereich aufzuklären. Daher ist es die Pflicht, aber eben auch das Recht des Innenausschusses,

für die Aufklärung in der BAMF-Affäre zu sorgen. Dem Innenausschuss hierfür nicht die Möglichkeit zu geben, wäre ein Misstrauensvotum gegenüber unseren Fachkollegen. Wer einen Untersuchungsausschuss einsetzt, schließt den Fachausschuss von der weiteren Befassung aus. Die Behörden müssen dann die Beweisbeschlüsse des Untersuchungsausschusses umsetzen. Deshalb will ich zwei Punkte klar feststellen. Erstens. Es gibt einen Skandal im Bremer



Foto: DBT

BAMF, der aufgeklärt werden muss. Und zweitens. Es gibt überhaupt keinen Grund, dem Innenausschuss jetzt die Aufklärung zu entziehen.

Es gibt auch keinen Hinweis, dass man zur Aufklärung die Zwangsmittel eines Untersuchungsausschusses benötigen wird, anders als Sie, Herr Lindner, das gerade hier behauptet haben, weil beispielsweise die Behörden nicht schlüssig und ausreichend berichten. Das Gegenteil ist der Fall: Innenministerium und BAMF legen alles offen. Es zeichnet sich überhaupt nicht ab, dass der Innenausschuss nicht in der Lage wäre, in Sachen BAMF weitere Aufklärung zu betreiben. Dies wurde auch von der Opposition im Innenausschuss noch nicht behauptet. Nach Abschluss der Befassung im Innenausschuss ist Bilanz zu ziehen, ob es noch weiteren parlamentarischen Aufklärungsbedarf gibt. Das kann heute niemand vorhersagen. Wir jedenfalls sind bereit, im Anschluss an die Befassung im Innenausschuss über mögliche offene Fragen zu reden. Wir versperren uns einem Untersuchungsausschuss nie grundsätzlich. Ganz deutlich muss man aber auch sagen: Zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich ein Untersuchungsausschuss nicht ab. Weder ist er sachlich geboten, noch können die Anträge, die Sie beide hier vorgelegt haben, dazu führen. Denn sie sind schlichtweg unzulässig.

Wer sich die Anträge von AfD und FDP durchliest, stellt fest: Sie sind zum großen Teil verfassungswidrig. [...]

Ich beziehe mich nun auf den Antrag der FDP. Der Untersuchungsausschuss soll danach klären, ob die Ausstattung von Landes- und Kommunalbehörden zur Erfüllung einer Aufgabe ausreichend ist,

wie der Informationsfluss zwischen Behörden der Länder und der Kommunen ist oder wie die Qualität der Entscheidungen der Verwaltungsgerichte ist. All das sind Fragen, die entweder gar nicht untersuchbar sind oder ausschließlich in den Bundesländern durch die Landtage bearbeitet werden müssen oder die dem Kernbereich richterlicher Unabhängigkeit unterfallen.

Der Bundestag darf nicht in diese Zuständigkeiten hineinregieren. In einer Hinsicht allerdings - jetzt hören Sie gut zu, und zwar die Kollegen beider Fraktionen - ist beiden Anträgen die Verfassungswidrigkeit gewissermaßen auf die Stirn geschrieben. In diesem Punkt - nicht nur in diesem, aber gerade in diesem Punkt - sind FDP und AfD Schwestern im Geiste.

Ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses darf nichts formulieren, was erst Ergebnis einer Untersuchung sein könnte. Sie nehmen das Ergebnis aber bereits vorweg. Sie geben vor, alles bereits zu wissen. Was wollen Sie denn dann noch untersuchen und aufklären?

Diese Feststellungen in beiden Anträgen sprechen deutlich gegen die Ernsthaftigkeit des Untersuchungsanliegens. Wer schon alles weiß, braucht keine Untersuchung mehr. Wer das Ergebnis einer Untersuchung schon kennt, will keine Untersuchung, sondern ein Tribunal. Und wer ein Tribunal will, will keine wirkliche Aufklärung. Sie beide, FDP und AfD, legen mehr Wert auf PR als auf inhaltliche Arbeit in der Sache.

Das legen auch die Abläufe nahe. In der vorletzten Sitzungswoche fand die erste Befassung des Innenausschusses mit den Vorgängen in Bremen statt. Schon

eine Sitzungswoche später hat die FDP diesen Tagesordnungspunkt angekündigt und aufgesetzt.

Dann hat die AfD einen Antrag vorgelegt, und zwar noch vor der FDP. Die FDP hat es dann vorgezogen, das auf einer Pressekonferenz am Montag „hinter der Bezahlschranke“, Herr Kollege Lindner, wie Sie das gestern so schön formuliert haben, zu präsentieren und nicht im Ersten Ausschuss oder hier im Plenum.

Es ging und geht FDP und AfD nur um einen PR-Coup. Wer einen Untersuchungsausschuss zur Befriedung der Gesellschaft in der gesamten Flüchtlingsfrage will - das tragen Sie wie ein Mantra vor sich her -, muss zunächst damit anfangen, einen Antrag ohne Vorfestlegungen und Vorurteile zu formulieren. Sonst ist Befriedung reine Illusion, weil Sie sie gar nicht wollen. Trotz allem lehnen wir die Anträge heute nicht ab, sondern überweisen sie an den Ersten Ausschuss. Dort können AfD und FDP nacharbeiten.

Wir konzentrieren uns in der Zwischenzeit weiter auf die Klärung der Vorgänge im BAMF. Noch einmal: Wir wollen aufklären, wir wollen schnell und gezielt aufklären. Wir wollen konkrete Probleme und Fehler aufdecken und dann zügig beheben.

Damit wollen wir Vertrauen in das BAMF zurückgewinnen. Wir werden nach Abschluss der Untersuchung im Innenausschuss entscheiden, ob wir einen solchen Untersuchungsausschuss brauchen, einen Ausschuss, der die dann möglicherweise noch offenen Fragen in den Blick nimmt und nicht nur für das Schaufenster und Pressekonferenzen taugt.

BERLIN II

Parlamentariergruppe Benelux nimmt Arbeit auf

Die Mitglieder der neuen Parlamentariergruppe Benelux im Deutschen Bundestages haben sich in dieser Woche zu ihrer ersten Mitgliederversammlung getroffen. Die Gruppe schließt sich aus den bisherigen Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen und der Deutsch-Niederländischen Parlamentariergruppen zusammen.

Ich freue mich sehr, dass meine Frak-

tion mich zum Vorsitzenden der Parlamentariergruppe Benelux benannt hat, nachdem ich in der vergangenen Legislaturperiode bereits Vorsitzender der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Parlamentariergruppe war.

Belgien, die Niederlande und Luxemburg gehören zu Deutschlands engsten Partnern innerhalb der EU. Uns verbinden gemeinsame Werte, starke Han-

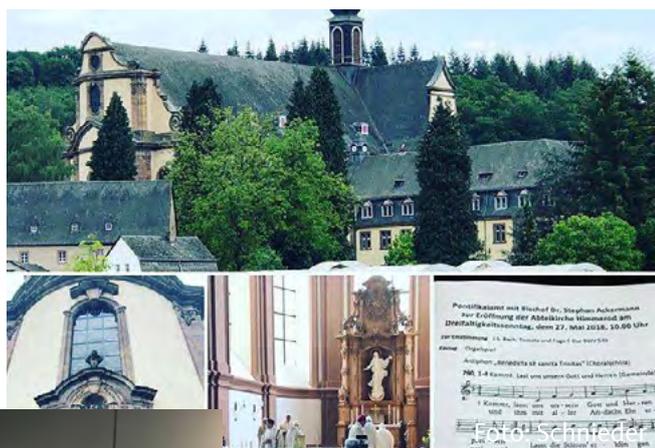
delsbeziehungen und zudem eine über 900 km lange Grenze. Da Belgien und Luxemburg direkt an meinen Wahlkreis grenzen, weiß ich wie wichtig eine gute Zusammenarbeit zwischen den Partnern in der Grenzregion ist. Ich freue mich darauf auch weiterhin an dem Fortbestand dieser vertrauensvollen Partnerschaft mitwirken zu können.

WAHLKREIS I

Termine, Termine, Termine...



Foto: Schnieder



In den vergangenen Wochen war ich wieder viel im Wahlkreis unterwegs. Sei es bei der Einsegnung des neuen Feuerwehrfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr Lützkampen (Foto oben), der Einweihungsfeier der neuen Konrad-Adenauer-Halle in Idenheim (Foto unten)...



Foto: Schnieder

...bei der Wiedereröffnung der Abteikirche Himmerod nach dem Brand im vergangenen Jahr (Foto oben), beim Landeswettkampf der THW-Jugend RLP in Prüm (Foto unten) oder bei der Generalversammlung der Raiffeisenbank Westeifel in Schöneck. Dort konnte ich übrigens Herrn Raiffeisen persönlich zum 200. Geburtstag gratulieren (Foto Mitte).

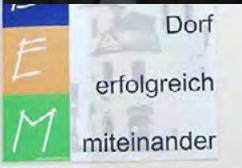


Foto: Schnieder



Foto: Schnieder

BERLIN III

Besuchergruppen aus dem Eifelkreis zu Besuch in Berlin



Foto: Schnieder

In dieser Woche durfte ich mich wieder über Besuch aus dem Wahlkreis freuen. Mittwochs diskutierte ich mit zwei Klassen des St. Josef Gymnasiums Biesdorf (Foto links) und am Freitag mit einer Gruppe der CDU Bitburg-Prüm (Foto rechts).



WAHLKREIS II

Unwetter verursacht große Schäden im Wahlkreis

In der vergangenen Woche waren Teile meines Wahlkreises von starken Unwettern und Überschwemmungen betroffen. Dabei entstand ein immenser Schaden für Privathaushalte, aber ebenso für Unternehmer und Gewerbetreibende. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und an dieser Stelle allen Betroffenen mein Mitgefühl aussprechen. Ich wünsche ihnen für die Bewältigung der Auswirkungen viel Kraft. Gleichzeitig ist es mir ein besonderes Anliegen dem THW, den Feuerwehren und Rettungskräften sowie allen übrigen Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken.

Für besondere Schlagzeilen hat in diesem Zusammenhang der Eifelzoo in Lünebach gesorgt. Nachdem das Gehege überschwemmt wurde, flüchtete Kragenbär Mike auf die Besucherwege des Zoos. Aufgrund der massiven Überschwemmungen befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits Einsatzkräfte und Helfer, sodass diesen aus Gründen der Eigensicherung keine andere Wahl blieb, als den Bären zu erschießen. Dass sie sich im Anschluss daran für ihr Verhalten vor vermeintlichen Tierschützern und der eilig herbeigelaufenen Presse rechtfertigen mussten, halte ich gelin-

de gesagt für eine Unverschämtheit. Die Einsatzkräfte hatten in diesem Fall keine andere Wahl und haben durch ihr Verhalten womöglich Schlimmeres verhindert.

Auf politischer Ebene wird derzeit in Rheinland-Pfalz über die Auflegung eines Sonderfonds für die Betroffenen diskutiert. Ich sehe hier die Landesregierung in der Pflicht und bin froh, dass diese bereits die Möglichkeit eines Sonderfonds prüft. Eine schnelle und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen wäre wünschenswert.

WAHLKREIS III

Eifeler Ärztenossenschaft muss kommen

In den vergangenen Wochen sorgte die Verweigerung der Zulassung für die Eifeler Ärztenossenschaft Medicus e.G im Eifelkreis durch die Kassenärztliche Vereinigung für großes Unverständnis. Auch bei mir. Die Diskussion um die Frage wie wir die Lücke bei der medizinischen Versorgung, gerade auch mit Allgemeinmediziner, in ländlichen Räumen schließen können, bestimmt die Gesundheitspolitik seit langer Zeit. Im Eifelkreis fehlen derzeit beispielsweise acht Allgemeinmediziner. Auf Bundesebene haben wir angesichts dieser Situation bereits gehandelt und das Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Regionen“ initiiert. Im Rahmen dieses Modellvorhabens hat der Eifelkreis das Konzept einer Ärzte Genossenschaft, die Medicus Eifler Ärzte e.G, erarbeitet. Dieser haben sich bislang 13 Ärzte aus dem gesamten Kreisgebiet angeschlossen. Das Modell der Genossenschaft kann dabei die klassischen Gründe, aus denen Ärzte eine freiberufliche Tätigkeit als unattraktiv empfinden, abmildern. Im Rahmen der Genossenschaft können flexible Anstellungs- und Arbeitszeitmodelle angeboten werden. Für Praxisinhaber bietet sich über die Genossenschaft zudem die Möglichkeit, administrative Aufgaben, die einen nicht zu unterschätzenden Anteil der Tätigkeit ausmachen, an diese abzuge-

ben. Auch dies stärkt die Attraktivität einer freiberuflichen Tätigkeit und trägt dazu bei, dass Praxisinhaber länger für die Betreuung von Patienten zur Verfügung stehen. Angesichts dieser Vorteile und des dringenden Bedarfs an Ärzten im Eifelkreis wie auch im Land Rheinland-Pfalz insgesamt, verwundert es umso mehr, dass die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz der Medicus e.G die Zulassung verweigert. Die Begründung lautet, dass die Ärzte nicht persönlich, sondern über einen Versicherungsanbieter für Regressrisiken bürgen möchten. Diese Begründung ist jedoch recht bizarr und unverständlich. Denn die Versicherung würde Regressforderungen in Höhe von 250.000 Euro pro Arzt und Jahr abdecken. Eine Summe, die für einen Allgemeinmediziner fast nicht zu erreichen ist. Ich sehe an dieser Stelle auch die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, in der Pflicht. Schließlich hat sie die Aufsicht über die Kassenärztliche Vereinigung und kann in dieser Funktion Einfluss auf deren Entscheidungen nehmen.

Für mich steht fest: Die Eifeler Ärztenossenschaft muss kommen. Zeigt sie doch exemplarisch auf, wie wir die hausärztliche Versorgung auf dem Land nachhaltig sichern können und wie die Attraktivität des Landarztberufs gesteigert werden kann.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

...hat die AfD in dieser Woche (wieder einmal) ihr wahres Gesicht gezeigt. In einer Rede hat der Partei- und Fraktionsvorsitzende der AfD Alexander Gauland gesagt, „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. Eine unsägliche Geschichtsvergessenheit, die wohl kaum dem Alter von Herrn Gauland zugeordnet werden kann, die an Niveau- und Geschmacklosigkeit kaum zu überbieten ist und die 50 Millionen Opfer des Nationalsozialismus verhöhnt. Jedem, der mit der AfD sympathisiert oder sich zu ihrer Wählerschaft zählt, muss aller spätestens jetzt klar sein, wem er da hinterherläuft. Wenn die oberste Führungsebene einer Partei eine derartige Äußerung tätigt, gibt es keine Ausreden, keine Bagatellisierungen mehr. Die AfD demaskiert sich von Tag zu Tag mehr. Sie zeigt, dass sie keine bürgerliche Partei ist, sondern von der Basis bis zur Spitze braun durchgezogen ist. Ich halte es daher mit der Einschätzung vieler Kommentatoren: Deutschland bleibt zu wünschen, dass die AfD ein Vogelschiss in der deutschen Geschichte bleibt.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227 71881